

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!

Es ist wieder so weit: der Bundestag geht in die sommerliche Sitzungspause. Das heißt nicht, dass die Arbeit ruht. Das Hauptaugenmerk der Arbeit in den nächsten acht Wochen liegt ganz auf der Arbeit im Wahlkreis. Ich freue mich schon auf die vielen Möglichkeiten der Kontakte.

In Berlin muss die Ampelkoalition indessen nachsitzen. Allzu viel ist wegen des rot-grün-gelben Dauerstreits liegengeblieben. Anderes muss nachgearbeitet werden – etwa die Kindergrundsicherung. Familienministerin Paus hat es immer noch nicht geschafft einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Gerade noch rechtzeitig hat das Kabinett den Haushaltsentwurf beschlossen. Anfang September soll er erstmals im Bundestag debattiert werden. Bis dahin ist noch viel zu tun. Denn bislang besteht der Haushaltsentwurf vor allem aus Leerstellen. Dazu mehr im Newsletter.

Geradezu im Schweinsgalopp wollte die Ampelkoalition das umstrittene Heizungsgesetz durch den Bundestag peitschen. Erst einen Gesetzentwurf eingebracht, den die Ampel selbst gar nicht mehr wollte; dann kurz vor einer

zweiten Expertenanhörung 111 Seiten Änderungstext. Gerade einmal ein Wochenende bleibt Zeit für die Analyse. Dann stoppte das höchste deutsche Gericht das Treiben. Es sah Abgeordnetenrechte verletzt. Mehr dazu im Newsletter.

Altes Neues gab es in der Woche zum Wohnungsbau. Bundeskanzler Olaf Scholz beharrte in einem Interview darauf: Wir schaffen den Bau von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr. Unklar, woher er seine Zuversicht schöpft. 2022 wurde das Ziel mit 295 300 Wohnungen meilenweit verfehlt.

Zum Schluss noch ein trauriges Jubiläum: Der russische Überfall auf die Ukraine dauert am Samstag seit 500 Tagen an. Der Ukraine soll aber offenbar nicht nur durch Bombardements die Zukunft genommen werden, sondern auch durch den Raub ihrer Kinder. Nach Angaben eines hochrangigen russischen Politikers wurden bislang rund 700.000 Kinder nach Russland „evakuiert“, wie er die Verschleppung nannte. Allein dieser Kinderraub ist ein ungeheuerliches Kriegsverbrechen.

Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Freude beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Sebastian Brehm

Stückwerk in letzter Sekunde



445,7 Milliarden Euro will der Bund im nächsten Jahr ausgeben. So steht es im Haushaltentwurf der Ampelregierung. Mit der Verabschiedung des Plans im Kabinett kurz vor der Sommerpause konnte Rot-Grün-Gelb gerade noch eine Superblamage abwenden. Im Mai war ein Eckwertepapier zum Haushalt im Koalitionsstreit auf offener Bühne gescheitert. Die Hoffnung, den Zwist mit mehr Geld befrieden zu können, hatte sich damals mit der aktuellen Steuerschätzung zerschlagen. Die Folge: weiteres wochenlanges Gezänk in der Ampel.

Dem jetzigen Entwurf sieht man es an, dass er quasi in letzter Sekunde zusammengestrickt wurde. Zu etwa zwei Drittel der Ausgabenpositionen fehlen detaillierte Zahlen. Großvorhaben wie die Kindergrundsicherung sind nur als Merkposten berücksichtigt. Allein zwischen dem Etatentwurf und den Ansprüchen der Familienministerin Lisa Paus klafft in Sachen Kindergrundsicherung eine Zehn-Milliarden-Lücke. Finanzierung unklar.

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert kündigt noch wesentliche Änderungen des Etatentwurfs an, kaum dass das Zahlenwerk in der Welt ist. Welche lässt er offen- wie die Finanzierung. Wenig zu entdecken ist im Haushalt von engagierten Sparwillen. Auf gerade einmal

3,5 Milliarden Euro Einsparungen konnte sich die Koalition verständigen, wo 20 Milliarden Euro erforderlich gewesen wären. Statt sparen wird an allen Ecken und Enden getrickst, damit wenigstens die Schuldenbremse formal eingehalten wird.

Mit einem Haushaltsfinanzierungsgesetz und vielen anderen Gesetzesänderungen soll alles noch geradegebogen werden. Inhalte: im Wesentlichen noch unbekannt. In der ersten September-Woche wird erstmals im Bundestag über den Haushaltentwurf debattiert.



Sebastian Brehm: „Es ist nicht einmal im Ansatz der Wille erkennbar, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen.“

Finanzminister Lindner plant über Jahre mit immer neuen Schulden. In vier Jahren wird der Schuldenberg 60 Milliarden Euro höher sein, eine Belastung gegen Chancen der nächsten Generation. Es ist Lindner nicht gelungen, die überzogenen Ausgabenwünsche seiner Kabinettkollegen zu zügeln. Das ist auch kein Ruhmesblatt für Bundeskanzler Scholz, der mit verhandelt hat.“

Verfassungsrichter stoppen Ampel-Schweinsgalopp

Klatsche für die Ampelkoalition aus Karlsruhe: Das Bundesverfassungsgericht stoppte den Versuch von Rot-Grün-Gelb, das Heizungsgesetz noch vor der Sitzungspause im Schweinsgalopp durch den Bundestag zu peitschen.

Das Gericht nannte den Ampel-Galopp eine irreversible Verletzung der Beteiligungsrechte der Abgeordneten. Abgeordnete müssten



genügend Zeit haben, um sich mit einem solch komplexen Gesetzeswerk auseinandersetzen zu können. Das Gesetz dürfe deshalb erst dann auf die Tagesordnung, wenn die wesentlichen Textpassagen des Gesetzentwurfs den Abgeordneten mindestens 14 Tage vorher zugegangen sind. Beim Heizungsgesetz wäre es nicht einmal eine Woche gewesen.

Sebastian Brehm: „Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist eine schwere Niederlage für die Bundesregierung von Olaf Scholz. Dem unsäglichen Umgang der Bundesregierung mit dem Parlament und der Öffentlichkeit wurde ein Riegel vorgeschoben.“

Mehr Hilfe für ME/CFS-Patienten verweigert

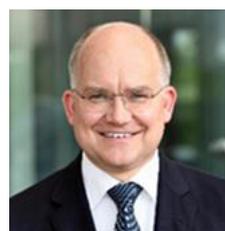


Für Patienten, die unter Myalgischer Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue-Syndrom

(ME/CFS) leiden, gibt es vorläufige keine bessere medizinische Versorgung. Die rot-grün-gelbe Mehrheit im Bundestag lehnte Forderungen von CDU und CSU ab, die Versorgung von ME/CFS-Patienten durch Einrichtung von Kompetenzzentren und speziellen interdisziplinären Ambulanzen zu fördern und eine zentrale Koordinationsstelle und Task-Forces für ME/CFS zu schaffen. Ferner hatten CDU und CSU verlangt, in die Forschung zu Long COVID, auch Aspekte der ME/CFS-Forschung einzubeziehen, um vorhandene Synergieeffekte nutzen zu können.

ME/CFS schränkt die Lebensqualität der Betroffenen stark ein. Die Patienten sind vielfach auf Pflege durch Angehörige angewiesen. Mehr als 60 Prozent der Betroffenen seien dauerhaft arbeitsunfähig, rund 25 Prozent können das Haus krankheitsbedingt nicht mehr verlassen oder sind sogar bettlägerig. Untersuchungen gehen davon aus, dass in Deutschland rund 300.000 Menschen an ME/CFS leiden.

Mediziner und Fachverbände hatten im April bei einer Anhörung des Gesundheitsausschusses zu den Forderungen der Unionsfraktion gezielte Hilfe für Patienten gefordert, die an ME/CFS erkrankt sind. Benötigt würden eine spezialisierte Versorgung und eine verstärkte Forschung, erklärten die Experten. Bei der Ampel fanden die Appelle kein Gehör.



Sebastian Brehm: „Es macht mich fassungslos, wie SPD, Grüne und FDP über die Leiden der Betroffenen und ihrer Angehörigen

hinweggehen. Alle Experten unterstreichen, dass deutlich mehr getan werden muss. Aber die Ampel stellt sich taub.“

Gute Klinikversorgung muss bleiben

Überlastung des Personals, Investitionsstau und akute Finanznöte sind Alltag in vielen Kliniken. Das zeigt: Es besteht dringender Reformbedarf. Zur Wahrheit gehört aber auch: Deutschland verfügt im internationalen Vergleich über eine Krankenhausstruktur, die sowohl High-Tech-Medizin als auch eine gut erreichbare Versorgung vor Ort für alle Patienten sicherstellt. Nötig ist daher eine Krankenhausreform, die die Schwächen beseitigt, ohne die Stärken zu beeinträchtigen.

Gesundheitsminister Karl Lauterbach will das strikt technokratisch mit einem Level-Plan lösen: Grundversorgung, Regel- und Schwerpunktversorgung, Maximalversorgung. Das Nachsehen hätten vor allem die ländlichen Regionen. Viele Kliniken würden dort auf der Strecke bleiben.

CDU und CSU wollen Versorgungssicherheit und Qualität in den Mittelpunkt der Reform stellen. Konzepte vom Reißbrett, die Beteiligte nicht vor Ort erarbeitet haben, werden nicht funktionieren.

Sebastian Brehm: „Wir wollen eine Reform mit den Bürgern für die Bürger. Wir brauchen eine

leistungsfähige klinische Nahversorgung. Und wir brauchen ein Klinikwesen, das auch schwere flächendeckende Gesundheitsschocks bewältigen kann. Corona hat gezeigt, wie rasch Kliniken an ihre Belastungsgrenze stoßen können.“

Besuch aus Nürnberg



Eine Gruppe des Gehörlosenvereins Nürnberg e.V. 1832 durfte ich jetzt in Berlin empfangen. Es war nach Information des Bundespresseamtes die größte Hörgeschädigtengruppe, die den Bundestag bislang besuchte. Mit den Besuchern, darunter auch Ukrainer, habe ich mich intensiv über die Themen Inklusion, Barrierefreiheit und Chancengleichheit im Bereich der Bildung ausgetauscht habe. Danke für den Besuch. Es war nicht nur ein spannender Austausch; die Gruppe hat in Berlin auch ein deutliches Zeichen gesetzt.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.